

Arturo Gismondi **Die Wahlen in Italien am 13. Mai 2001**

Der knappe Sieg der von Silvio Berlusconi geführten Casa delle Libertà in den italienischen Parlamentswahlen vom 13. Mai des Jahres stellt keine Aufgabe der demokratischen Stabilität des Landes dar, sondern markiert den Beginn einer neuen Ära in dessen politischem Leben. Zu verstehen ist er indes nur mit Blick auf die Entwicklung Italiens im Laufe des letzten Jahrzehnts: Bereits 1992 hatten mehr als 50 Prozent der Wähler ihre Stimme einer aus bürgerlichen Parteien bestehenden Koalition gegeben, bevor Korruptionsskandale und offensichtliche Rechtsbrüche deren Ende einleiteten. Die Auflösung fast der gesamten bürgerlichen Mitte Italiens war die Folge sowie, kurz darauf, die Bildung linker und rechter Potenziale, wenngleich sich diese von extremen Positionen weitgehend distanzieren. Nach dem Scheitern des 1996 an die Macht gelangten „Ulivo“ unter Prodi und später D'Alema kamen im Mai die rechtskonservativen Kräfte dieses neuen Parteienspektrums zum Zuge, die nun unter Berlusconis Führung zu zeigen haben, ob sie in der Lage sind, das Land politisch, wirtschaftlich und sozial auf eine neue Basis zu stellen.

Als Italiens Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi Silvio Berlusconi mit der Regierungsbildung beauftragte, beteuerte er, dass „sich das Land in völliger demokratischer Normalität“ und „im durch den Willen des Volkes bestimmten Wechsel weiter entwickelt“. Ciampi hat in derselben Erklärung hinzugefügt, die „volle Zustimmung“ der neuen Regierungsmehrheit zum Programm und „zur Anerkennung der Führungsrolle des Herrn Berlusconi“ festgestellt zu haben.

Der Zuspruch des italienischen Staatsoberhauptes ging über eine formelle Amtseinsetzung hinaus, da er zugegeben hat, dass der klare Sieg der Casa delle Libertà¹⁾ bei den Parlamentswahlen vom 13. Mai eine neue Ära in der italienischen Politik einläutet, denn er ermöglicht jenes Regime des Wechsels verschiedener Parteien und Koalitionen in der Regierung der italienischen Republik, das in den Jahrzehnten nach dem Untergang des Faschismus nicht zustande gebracht werden konnte. Die Nachkriegsgeschichte Italiens unterscheidet sich von der anderer Länder in Europa und im demokratischen Westen. Die unerschütterliche Einflussnahme des Partito Comunista Italiano (PCI)²⁾ unter Palmiro Togliatti und seinen Nachfolgern auf die Linke und die Opposition sowie die unterschiedene Ausrichtung der Partei auf die Sowjetunion und den Warschauer Pakt haben zu dem als „conventio ad excludendum“ definierten Phänomen geführt, d.h. zum Ausschluss eines Großteils der Linken aus der Regierungsverantwortung für das Land. Allerdings wurde der Ausschluss mehr als 40 Jahre lang durch das Votum des Volkes bestätigt, das der Democrazia Cristiana (DC)³⁾ und den anderen Par-

teien – sozialistischen und laizistischen – der demokratischen Mitte seine Stimme gab. Mit dem Fall der Berliner Mauer, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes und mit der Änderung des Namens und der Symbole des alten PCI wurden zwischen Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre die Bedingungen für eine Legitimation aller Parteien zur Regierungsbeteiligung geschaffen. Eine Welle von Gerichtsverfahren, in deren Folge sich in den Jahren 1992 bis 1993 sämtliche Parteien auflösten, die Italien mehr als 40 Jahre lang regiert hatten, verhinderte jedoch ein weiteres Mal die natürliche Dialektik zwischen den politischen Kräften. Selbst wenn es zutrifft, dass das Fehlen einer Regierungsalternative in der italienischen Gesellschaft und in ihren Institutionen unzweifelhaft zu Korruptionerscheinungen geführt hat, bleibt die Tatsache, dass der lange währende Kampf zwischen der kommunistischen und postkommunistischen Linken und den Regierungs-, Mitte- und Mitte-Links-Parteien nicht durch die Wähler, sondern dank der sogenannten „Revolution der Richter“ beendet wurde. Diese scheint aus der heutigen Perspektive betrachtet, d.h. zehn Jahre später, offen gestanden äußerst dürftige Erfolge der Justiz gezeitigt zu haben (die meisten Angeklagten wurden freigesprochen oder das Verfahren wurde eingestellt, und in vielen Fällen haben die Prozesse nie stattgefunden), obschon sie sich für die Politik als folgenschwer erwies, hatte sie doch zu einer Umkehrung der vom Wählerwillen festgelegten Kräfteverhältnisse geführt.

Um die Geschehnisse in Italiens jüngerer Vergangenheit richtig verstehen zu können, dürfen die Ereignisse der Jahre 1992 bis 1993 nicht außer Acht gelassen werden. Im April 1992 begaben sich die Italiener nach einer von der Allianz aus DC, Sozialisten und kleineren laizistischen Parteien, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen beherrschten Legislaturperiode an die Wahlurnen, und selbst wenn dieses Bündnis einige Punkte an die Lega⁴⁾ verloren hat, so war es mit einem Stimmenanteil von 53 Prozent doch klar überlegen, während die Postkommunisten auf 16 Prozent zurückfielen, die Hälfte der Stimmen, die der PCI Berlinguers in den siebziger Jahren errungen hatte. Nicht einmal zwei Jahre später, bei den Wahlen vom 27. März 1994, suchten 20

- 1) Haus der Freiheiten
- 2) Kommunistische Partei Italiens
- 3) Christlich-Demokratische Partei
- 4) Lega Nord (LN)

- 5) Demokratische Partei der Linken (heute DS)
- 6) Pol der Freiheiten
- 7) Nationale Allianz
- 8) Nationale Sozialbewegung
- 9) Olivenbaum
- 10) Wiedergründung des Kommunismus

Millionen Italiener, die für die Parteien der demokratischen Mitte gestimmt hatten, auf ihren Wahlzetteln vergeblich die Symbole ihrer Parteien. Behauptet hatte sich jedoch nicht, wie ursprünglich prognostiziert, die vom Generalsekretär des PDS⁵⁾, Achille Occhetto, gefeierte „fröhliche Kriegsmaschine“ der postkommunistischen Parteien, sondern völlig unvermutet der Polo della Libertà⁶⁾, der hastig in nur wenigen Monaten von Silvio Berlusconi ins Leben gerufen worden war und dem die von diesem gerade gegründete Partei Forza Italia (FI), die Lega Nord und die Alleanza Nazionale (AN)⁷⁾ beitraten. Die letztgenannte Partei war aus dem Wandlungsprozess des damaligen Movimento Sociale Italiano (MSI)⁸⁾ zu einer Partei hervorgegangen, die auf dem Parteikongress in Fiuggi dem Faschismus abgeschworen hatte, um eine Position der „demokratischen Rechten“ einzunehmen und so rechts das vollzog, was der PCI (inzwischen PDS) links bereits vollendet hatte.

Die auf der Grundlage der Wahlergebnisse gebildete Regierung Berlusconi hielt nur wenige Monate. Geschwächt durch eine Reihe gerichtlicher Ermittlungen gegen den Ministerpräsidenten sowie durch die gewerkschaftliche Mobilmachung gegen die geplante Rentenreform trat die Regierung noch im selben Jahr zurück, als die Lega das Regierungsbündnis verließ und einer von Lamberto Dini – bereits Finanzminister unter Berlusconi – geführten Regierung mit Unterstützung der Partei Bossis und der Linken ihre Zustimmung gab. Wie schon nach den Wahlen vom April 1992, die zur Bildung des Kabinetts unter Ministerpräsident Amato geführt hatten, machte wieder einmal ein Zusammenspiel aus gerichtlichen Untersuchungen, sozialen Bewegungen und parlamentarischen „Zusammenstößen“ die Verlierer zu Gewinnern und die Gewinner zu Verlierern.

Bei den Parlamentswahlen vom 21. April 1996 gelang es der Linken mit dem Ulivo⁹⁾-Bündnis, zusammen mit der Rifondazione Comunista¹⁰⁾, unter der Führung des ehemaligen DC-Mitglieds Romano Prodi die Regierung zu übernehmen. Aber auch diese Wahlperiode verlief nicht ungetrübt, denn im Herbst 1998 geriet die Regierung Prodi in eine Krise, und der vom Volkswillen gewählte Ministerpräsident musste sein Amt an Massimo D'Alema abtreten. Dieser war in den Palazzo Chigi gelangt, weil er von einer Mehr-

heit unterstützt wurde, die durch den Übertritt einiger Dutzend gewählter Abgeordneter aus dem Polo delle Libertà zur Linken entstanden war. Die Ablösung Prodis durch D'Alema und der daraus folgende neuerliche „Zusammenstoß“ wirkten sich jedoch negativ auf die Mehrheit des Ulivo aus. Berlusconi, der in der Zwischenzeit die Beziehungen zur Lega Umberto Bossis wiederhergestellt hatte, gewann die Europawahlen von 1999, die Regionalwahlen des darauffolgenden Jahres, und trotz des Rücktritts D'Alemas und der Ernennung des Ex-Sozialisten Giulio Amato zum neuen Ministerpräsidenten erlitt die Ulivo-Koalition bei den Wahlen vom 13. Mai 2001 eine herbe Niederlage. In Wirklichkeit war also die Bildung des Kabinetts Berlusconi eine wichtige historische Etappe für Italien, denn zum ersten Mal hatte das Land der Ablösung einer Parteienkoalition durch eine andere in der Regierung der Republik zugestimmt, und dies nach einer normalen, friedlichen Volksbefragung. Der recht eindeutige Sieg der Casa delle Libertà, sowohl in der Abgeordnetenversammlung als auch im Senat, hat somit die Bedingungen für den Abschluss eines schwierigen Kapitels des demokratischen Lebens in Italien geschaffen. Und darauf beziehen sich die Worte von Carlo Azeglio Ciampi, der zwei Jahre zuvor gemeinsam von der Linken und dem Polo delle Libertà zum Staatspräsidenten gewählt worden war.

Die Analyse der Wahl untermauert diese These, die, so bleibt zu hoffen, durch eine weniger bewegte Legislaturperiode der Mitte-Rechts-Regierung Bestätigung findet. In der Tat besteht ein ziemlich enger Bezug zwischen dem Ergebnis der Wahl vom Frühjahr 2001 und dem schon geraume Zeit zurückliegenden Wahlausgang vom Frühjahr 1992, kurz vor den gerichtlichen Turbulenzen und den politischen Ereignissen, die mit dem Untergang aller Parteien der demokratischen Mitte, die Italien während der vorangegangenen fünfzig Jahre regiert hatten, ihren Anfang nahmen. Die Parteien der Casa delle Libertà (Forza Italia, AN, Lega, die ehemaligen Christdemokraten der CCD-CDU, die Sozialisten unter De Michelis und die Republikaner unter Di Malfa) haben bei der jüngsten Wahl 49,7 Prozent der Stimmen erhalten. Addiert man nun zu diesem Stimmenanteil noch die 2,6 Prozent der Democrazia Europea, die vom ehe-

- 11) Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori (Verband der italienischen Arbeitergewerkschaften)
- 12) Partito Socialista Italiano (Sozialistische Partei Italiens)
- 13) Partito Radicale (Partei der Radikalen)
- 14) Partito Socialista Democratico Italiano (Italienische Sozial-Demokratische Partei)
- 15) Partito Liberale Italiano (Liberale Partei Italiens)
- 16) Linksdemokraten

maligen DC-Mitglied Giulio Andreotti und dem früheren Vorsitzenden der CISL¹¹⁾, Sergio D'Antoni, gegründete ausgesprochene Mitte-Partei, so entspricht das Gesamtergebnis von 52,3 Prozent annähernd dem Ergebnis, das die fünf infolge der Ermittlungen der Justiz von 1992 bis 1993 aus der politischen Landschaft Italiens verschwundenen Parteien für sich verbuchen konnten. DC, PSI¹²⁾, PRI¹³⁾, PSDI¹⁴⁾ und PLI¹⁵⁾ hatten damals, d.h. bei den letzten Wahlen, bei denen sie ihre Listen vorgelegt hatten, mit 53,2 Prozent der erhaltenen Stimmen einen knappen Prozentpunkt weniger errungen – vor immerhin neun Jahren. Und ein Prozentpunkt liegt unterhalb des Schwankungsbereichs öffentlicher Meinungsumfragen.

Diesem Umstand kommt umso mehr Bedeutung zu, weil die Partei der Democratici di sinistra (DS)¹⁶⁾ unter Massimo D'Alema und Walter Veltroni, die aus diesen Untersuchungen, um mit Andreotti zu sprechen, „die Dividenden eingelöst hat“, in dem Sinne, dass ihr der Weg an die Macht geebnet worden war, anschließend auch auf das „historische Minimum“ von 1992, dem Jahr nach dem Wechsel des Namens und der darauf folgenden Abspaltung der Neokommunisten unter Cossuta, zurückfällt. Tatsächlich haben die DS am 13. Mai 2001 16,5 Prozent der Stimmen erhalten, knapp einen halben Prozentpunkt mehr als der PDS im April 1992. Dieses Ergebnis lässt keine Zweifel zu: Nach 1992 haben sich die Postkommunisten in einem von gerichtlichen Ermittlungen, „Zusammenstößen“ und Palastrevolutionen gekennzeichneten Klima so viel Anteil an der Regierungsmacht gesichert und den Palazzo Chigi mit einem ihrer Vertreter besetzt. Am Ende dieses langen Weges sind sie jedoch in der Gunst der Wähler wieder auf die Ausgangsposition zurückgefallen, d.h. die Wähler haben sich einer politischen Marschrichtung verweigert, die in den vergangenen zehn Jahren alles andere als nachvollziehbar war.

Es trifft zu, dass die vergleichende Analyse der Wahlen von 1992 und 2001 den auf den damaligen MSI entfallenen fünfprozentigen Stimmenanteil unbeachtet lässt. Die Untersuchung der Wählerströmungen ist ausschließlich auf empirische Beobachtungen beschränkt: Die auf dem Parteikongress in Fiuggi erfolgten Abspaltungen (Rauti, andere Gruppierungen) haben zum Verlust einiger Prozentpunkte

der alten Wählerreserven des MSI geführt, wahrscheinlich auch – wie bei allen – bedingt durch Enthaltungen. Das Ergebnis der AN hingegen hat sich im Vergleich zum Beginn der neunziger Jahre verdreifacht, und das verdankt sie dem Stempel der Erneuerung, den Gianfranco Fini der alten Partei aufgedrückt hat. Die AN wurde von den Wählern, auch dank ihrer „Abnahme“ durch Berlusconi, als eine in großen Teilen neue Partei wahrgenommen. Entsprechend dem Wählervotum gilt Gleiches jedoch nicht für die postkommunistischen Parteien. Was die Lega betrifft, die unter die für den Einzug ins Parlament erforderliche Vier-Prozent-Hürde gefallen ist, so scheint ihre Wählerschaft in den „weißen“ Zonen des Nordens und im Alpenbogen (wo die damalige DC die absolute Mehrheit der Stimmen errang) größtenteils in die demokratische Mitte zurückzuströmen, die in hohem Maße von einer Partei wie der Forza Italia vertreten wird. Sie gewinnt (ein weiterer Zufall) mit ihren 29,5 Prozent Stimmenanteil genau den Prozentsatz, den die DC bei den letzten Wahlen, bei denen sie unter ihren Symbolen auftrat, erreicht hat. Hierbei handelt es sich noch einmal um die Wahlen von 1992.

Der Vergleich der beiden Volksentscheide im Abstand von zehn äußerst bewegten Jahren eröffnet ein lesenswertes Kapitel, das der außergewöhnlichen Kontinuität im Verhalten der italienischen Wählerschaft über einen längeren Zeitraum hinweg. Ein anderes augenfälliges historisches Beispiel ist der ebenfalls unter dem Aspekt der Kontinuität beeindruckende Wahlausgang für die Linken während der zwei faschistischen Jahrzehnte. Betrachtet man das Wahlergebnis der Sozialisten von 1919, auf dem Höhepunkt der „zwei roten Jahre“, beeinflusst vom Mythos der Oktoberrevolution, und das der Einheitsfront vom 18. April 1948 (PCI und Linksozialisten), so wird eine weitere Überschneidung erkennbar. Der radikale PSI von Menotti Serrati und Bombacci erhielt im Jahre 1919 32 Prozent der Stimmen, aus denen für den Fronte Popolare¹⁷⁾ 1948, also dreißig Jahre später, 31,5 Prozent wurden.

Die verschiedenen Splittergruppen der postkommunistischen Linken und der ihr am nächsten stehenden Gruppierungen zusammengenommen liegen selbst heute noch unter diesem Prozentsatz. Das ge-

17) Volksfront

nau ist das Dilemma des PSI: Nach der Niederlage des Frontsozialismus unter Craxi haben fünf Millionen PSI-Wähler außerhalb einer als antiliberal wahrgenommenen Linken ihre Vertretung gesucht. Und hier liegt das Problem von Massimo D'Alema, Giuliano Amato und allen, die versuchen, ohne die lückenlose Klarstellung der Ereignisse des vergangenen Jahrzehnts in Italien aus der „Asche des PCI“ eine sozialdemokratische Partei europäischer Prägung zu bilden. Die Krise, die die Partei der Democratici di sinistra erschüttert und die politische Zerreißprobe, die in ihrer Führung unmittelbar nach der Niederlage begonnen hat, bestätigen den Stellenwert einer Klärung, deutlich geworden durch den Sieg der von Berlusconi geführten Koalition, dem selbst kritische Beobachter das Durchhaltevermögen bescheinigen, mit dem er den sogenannten „langen Marsch durch die Wüste“ zwischen dem ersten Wahlerfolg von 1994 und dem zweiten von 2001 hinter sich gebracht hat. Es war und ist ein steiniger Weg, gekennzeichnet durch allerlei Anfeindungen und Manöver, die von großen Teilen des Politik-, Justiz- und Wirtschafts-Establishments sowie weiten Bereichen der Kultur und der Information ausgingen, sowohl in Italien als auch in den Ländern, die mit Italien seit De Gasperi, Adenauer und Schumann den Aufbau eines vereinten Europas im Zeichen der Demokratie begonnen haben.

Der Text wurde von Simone Irsfeld aus dem Italienischen übersetzt.